

Bundessicherheitsrat: geheime Sitzungen – tödliche Folgen



Angela Merkel – Händlerin des Todes

Dienste der Kanzlerin erfreut, hat un- gute Tradition. Im Mai 2010 bereiste Angela Merkel mehrere Golf-Staaten. Wenige Tage danach unterzeichnete Scheich Ahmed Bin Saeed Al Mak- toum, Chef der Fluggesellschaft Emi- rates, vor ihren Augen bei einer inter- nationalen Luftfahrtmesse die Order für 32 A380-Großraumflugzeuge. Der Wert dieser zivilen Flieger belief sich laut Listenpreis auf rund 10 Milliar- den Euro.

Ein Jahr danach, im Mai 2011, folg die Kanzlerin nach Neu-Delhi zum Treffen mit Indiens Premier Manmo- han Singh. Diesmal war ein Waffen- geschäft der EADS eines der Topthe- men. Unumwunden vertrat Merkel die Interessen des Rüstungsriesen. „Wir sind von unserem Angebot über- zeugt“, verkündete die Kanzlerin zur Lieferung von 126 Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter/Typhoon an die indische Luftwaffe. Sie wisse, „dass wir ein gutes Produkt haben“, so die deutsche Regierungschefin als EADS- Gehilfin. Der Gesamtpreis beläuft sich bis auf 10 Milliarden Euro.

Keine zwei Monate später machte sich Merkel wieder auf die Reise. Diesmal galt es – so die Hoffnung – dienen in erster Linie deutschen Inter- essen. Zu ihnen zählen die – wie auch immer definierte – „Sicherheit“ in ei- ner Region, die Sicherung der Roh- stoffzufuhr und die Flüchtlingsab- wehr. Die Folgen sind fatal. Ganz le- gal leistet die Bundesregierung unter der Ägide von Angela Merkel mittels ihrer Rüstungsexportgenehmigungen Beihilfe zum Morden in zahlreichen Ländern. Gerade die Opferzahlen in Folge des Einsatzes von Pistolen und Maschinenpistolen, Sturm- und Ma- schinengewehren waren und sind exorbitant hoch.

Im Ergebnis ist Deutschland aufge- stiegen zur drittgrößten Rüstungsex- portnation der Welt. Angela Merkel ist Bundeskanzlerin des Landes, das als Europameister beim Waffenhandel schamlos menschenrechtsverletzende Regime an der Macht hält und krieg- führende Staaten, wie die USA, Frankreich und Großbritannien, belie- fert.

Angela Merkel – Handlungsbühne der deutschen Rüstungsindustrie
Dass sich die deutsche Luftfahrtindu- strie – allen voran die EADS – der

zur Eröffnung des Deutsch-Angolani- schen Wirtschaftstreffens in Luanda kündigte sie an: „Wir würden Ihnen auch gerne bei Ihren Verteidigungs- anstrengungen helfen“, konkret „bei der Ertüchtigung der Marine“. Kurz darauf erklärte Dos Santos: „Wir ha- ben jetzt dieses deutsche Angebot für die Kriegsmarine erhalten“, erklärte Angolas Präsident. Laut Kanzlerin er- wägt Deutschland die Lieferung von Patrouillenschiffen zur Grenzsiche- rung. Immerhin gehöre Angola zu den Ländern, die sich in der Afrikan- ischen Union für Stabilität einsetzen würden. „Unser Ziel ist ja, dass regio- nale Konflikte auch durch regionale Truppen befriedet werden können.“

Rüstungsexporte an Angola sind seit der Aufhebung des internatio- nalen Waffenembargos Ende 2002 wie- der gang und gäbe – Tendenz stei- gend. Im Jahr 2009 genehmigte die Bundesregierung Rüstungstransfers in Höhe von 11,51 Millionen Euro an die Machthaber in Luanda. Die geplante Lieferung bewaffneter Küstenboote hat jedoch eine neue Qualität. Die großen Erdölvorkommen Angolas lie- gen im Atlantischen Ozean in tausend- ten Metern Tiefe, dort haben US-Öl- konzerne die Offshore-Förderung übernommen. Täglich werden etwa 1,6 Millionen Barrel gehoben. Diese Erdöllagerstätten werden in Teilen auch von der Demokratischen Repu- blik Kongo beansprucht. Militärisch ausgeprägte Grenzkonflikte scheinen möglich, wenn nicht gar vorprogram- miert. Sollten diese zu einem Seekrieg zwischen Angola und der DR Kongo führen, wären moderneste Kriegsschif- fe mit Hightech-Bewaffnung äußerst hilfreich.

In Merks Reisedelegation durfte auch Friedrich Lürßen nach Angola mitreisen. Lürßen ist Firmenchef der gleichnamigen Bremer Werft, die nicht nur Luxusyachten, sondern auch Kriegsschiffe fertigt und ver- kauft. Ein Absatzmarkt Angola ver- spricht ein lukratives Waffengeschäft. Sechs bis acht Patrouillenboote zwi- schen 28 und 41 Meter lang hatte die Lürßen-Werft angeboten, je nach Größe zwischen zehn und 25 Millio- nen Euro teuer – pro Stück versteht sich.

Jürgen Grässlin ist einer der Kampagnen- sprecher von „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ (2011 bis 2013), Bundes- sprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG- VK), Sprecher der Kritischen AktionärsInnen Daimler (KAD) und Vorsitzender des Rüs- tungsinformationsbüros (RIB e.V.). Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik, darunter mehrere Best- seller. Grässlin ist Träger des „Aachener Friedenspreises“ 2011.
www.jueergengraesslin.com

Jürgen Grässlin

Die Bundeskanzlerin leitet qua Amtes ein Gremium höchster Entscheidungskompetenz: den Bundessicherheitsrat (BSR). Diesem gehören neben der Vorsitzenden An- gela Merkel weitere sieben stimmbere- chtigte Mitglieder an: die Bundes- minister des Äußeren, der Verteidig- ung, des Inneren, der Justiz, der Fi- nanzen, der Wirtschaft, der wirt- schaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Chef des Bun- deskanzleramts, letzterer ohne Stimmrecht. Bei Bedarf nehmen weite- re Minister und der Generalinspek- teur der Bundeswehr beratend teil. Der BSR tagt geheim, die Öffentlich- keit – ja selbst die Mitglieder des Deutschen Bundestags – bleiben außen vor. Nach Entscheidungen des Bundessicherheitsrats befragt, ver- schanzte sich Angela Merkel regel- mäßig hinter der selbst gesetzten Ge- heimhaltungspflicht. Diese Politik des Schweigens über den folgenschwer- sten Aspekt der deutschen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik ist angesichts der Tragweite der Ent- scheidungen zutiefst undemokratisch. Schließlich befindet der Kabinetts- ausschuss über Fragen, die die Kom- petenzen der nachgeordneten Kon-

trollbehörde Bundesamt für Wirt- schaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn bei Weitem übersteigen: Dürfen zahlreiche deutsche Unterneh- men diktatorische Staaten wie Ägyp- ten, Tunesien oder Libyen – wohlge- merkt in den Jahren vor den Aufstän- den des Jahres 2011 – mit Waffen und Rüstungsgütern, wie z.B. Merce- des-Militärfahrzeugen, beliefern? Darf die European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) – größter Stimmrechtseigner ist die Daimler AG – weiterhin Kampfflugzeuge des Typs Eurofighter an Saudi-Arabien aus- führen, trotz des militärischen Ein- greifens in Bahrain? Darf desgleichen die EADS einen rund 8000 Kilometer langen Grenzschutzzaun rum um Saudi-Arabien bauen? Darf das – zweifelsfrei in einem Krisengebiet ge- legene Königshaus 200 Leopard-2- Panzer von Rheinmetall und Krauss- Maffei Wegmann erhalten? Oder gar die Lizenz zum Nachbau des Sturm- gewehrs G36 von Heckler & Koch?

Die Antworten müssten unisono „Nein!“ lauten. Denn Staaten wie diese liegen in Krisengebieten, ihre Menschenrechtssituation ist „sehr schlecht“, wie die Gemeinsame Konfe- renz Kirche und Entwicklung (GKKE) in ihren Rüstungsexportberichten be- stätigt. Ganz anders die Entscheidun-